

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Preis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. 15 Pf. Alle Postbestellungen sind an die Postanstalten zu richten. Die Geschäftsstelle befindet sich in Wilsdruff, Markt 1. Die Redaktion ist in Wilsdruff, Markt 1. Die Druckerei ist in Wilsdruff, Markt 1. Die Anzeigen werden in der Geschäftsstelle angenommen. Die Anzeigenpreise sind in der Geschäftsstelle zu erfragen. Die Anzeigen werden in der Geschäftsstelle angenommen. Die Anzeigenpreise sind in der Geschäftsstelle zu erfragen.

Wilsdruffer Tageblatt Nr. 53. — 84. Jahrgang. — Teleg.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Mittwoch den 4 März 1925

Re. 53. — 84. Jahrgang. Teleg.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Mittwoch den 4 März 1925

## Handelsabkommen mit Frankreich.

Über den Tod des deutschen Reichspräsidenten ist die Tatsache etwas in den Hintergrund getreten, daß es gelungen ist, mit Frankreich zwar nicht zu einem endgültigen Handelsvertrag zu kommen, aber doch wenigstens ein Provisorium herzustellen, das die eigentliche Entscheidung auf neun Monate hinauschiebt, aber dem bestehenden vertragslosen Zustand ein Ende macht. Charakteristisch wird das Provisorium dadurch, daß Frankreich einen großen Teil seiner Wünsche erreicht hat, daß der deutsche Erfolg darin besteht, einen Teil der französischen Forderungen beseitigt, aber hinsichtlich der deutschen Forderungen doch nur ein Versprechen für die Zukunft erhalten zu haben. Dieses Versprechen ist die tatsächliche Meißelung auf deutsche Einfuhrwaren in Frankreich, die aber an und für sich keine Erleichterung gegen die frühere zollpolitische Behandlung bedeutet, weil Frankreich seine Zölle ganz außerordentlich heraufgesetzt hat.

Weniger diese Meißelung als die französische Forderung der zollfreien Einfuhr aller oder sonstiger Waren aus Elsaß-Lothringen bzw. dem Saar-gebiet war es, was den Abschluß der Verhandlungen immer und immer wieder hinauszögern ließ. Hierbei hat Frankreich schließlich doch einen gewissen Erfolg erzielt, weil Deutschland sich bereit erklärte, für einen Teil elsaß-lothringischer Waren und wohl auch — was bisher noch nicht vereinbart ist — von Waren aus dem Saargebiet halben Zollfußes zu gewähren. Das Ganze ist vorläufig nur ein grundsätzliches Zugeständnis, weil noch nicht festgelegt ist, welche Warenkategorien in Frage kommen. Das alles zu regeln ist Aufgabe von Verhandlungen, die bereits in den nächsten Tagen beginnen werden. Das Provisorium ist also nur ein Rahmenvertrag, der nun erst noch durch weitere Verhandlungen ausgefüllt werden muß. Ob der französische Wunsch, bis zum 1. April fertig zu werden, in Erfüllung gehen wird, erscheint demgemäß sehr zweifelhaft.

Die brennende Frage bleibt eben nach wie vor die Behandlung der elsaß-lothringischen bzw. saarländischen Waren. Frankreich sieht grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß beide Teilgebiete handels- und zollpolitisch als Teil des französischen Wirtschaftsgebietes zu behandeln sind, verlangt aber für die Produkte beider Gebiete von Deutschland Vorzugsbehandlung, ohne dafür zu einer Gegenleistung bereit zu sein. Angesichts der Tatsache, daß namentlich das Saargebiet seinen natürlichen Absatzmarkt nicht nach Westen, sondern im Osten, also in Deutschland, hat, ist dieses Verlangen überaus verständlich, durch die Absage fast erzwungen. Aber gerade darum bildet diese Frage den schwachen Punkt in der französischen Kampfsituation und wird auch bei den künftigen Verhandlungen die eigentliche Schwäche weiterhin bedeuten. Die Überlastung des französischen Marktes mit den Produkten der Schwerindustrie ist derart hart, daß man bereits vor längerer Zeit seine Lust zur Betriebsbeschränkung genommen hat; Veruche, den Weltmarkt für diese Produkte in größerem Ausmaß zu erobern, sind selbsterlöschend, und die hochschutzzollpolitische Tendenz Frankreichs ist ein Fehlschlag, weil ein Schutz der Schwerindustrie angesichts ihrer modernen Organisation überflüssig ist und außerdem die Ausdehnung des Absatzes auf dem Binnenmarkt einfach nicht mehr möglich erscheint. Deswegen sind die Zölle in der Hauptsache auch als Kampfmittel bzw. als Gegenleistungsobjekte bei zollpolitischen Verhandlungen gedacht.

Die Verhandlungen zwischen uns und Frankreich werden also selbst nach Fertigstellung des Provisoriums fortgeführt werden und stehen dabei vorläufig noch unter dem Druck, den Frankreich uns gegenüber durch seine Stellung im Ruhrgebiet auszuüben in der Lage ist. Dieser Druck hat ja auch zu dem schließlich nachgeben Deutschlands geführt, was im Provisorium deutlich zum Ausdruck kommt. In die Zeit der Verhandlungen über einen endgültigen Vertrag fällt nun aber jener Termin, an dem angeblich das Ruhrgebiet geräumt werden soll; bekanntlich haben Macdonald ebenso wie Herriot zugelegt, daß dieser Termin August sein soll. Hier liegt nun die Schwäche der deutschen Position. Wir sind ja über den Gang der verflochtenen Verhandlungen nicht im einzelnen unterrichtet worden und müssen daher lediglich aus den der Öffentlichkeit bekannt gewordenen Vorgängen schließen, können aber schon aus diesen entnehmen, daß Frankreich die Schwäche der deutschen Position benutzt hat. Darum ist auch mit aller Gewißheit damit zu rechnen, daß bei den neuen Verhandlungen die Räumung des Ruhrgebietes in irgendeiner Form als Kompensationsobjekt benutzt wird. Die außenpolitische Situation hat sich für uns ganz erheblich verschlechtert, weil die englischen Konservativen an irgendwelche Versprechungen Macdonalds sich nicht mehr binden. Die Sprache, die Herriot in den letzten Monaten gegen Deutschland führte, beweist aber auch, daß er selbst an das in London gegebene Versprechen kaum noch denkt. Das Beispiel der Nichträumung Adlins zeigt uns aber auch, daß man, um um jene Versprechungen herumzukommen, Ausflüchte bald genug finden würde, die dann aus der selbstverständlichen Räumung des Ruhrgebietes eine französische Nachgiebigkeit zu machen scheinen.

## Die geplante Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer.

Eigener Fernsprechkabelfest des „Wilsdruffer Tageblattes“.  
Berlin, 3. März. Die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer hat sich angesichts des dringenden Finanzbedarfs des Reiches als notwendig erwiesen. Der Entwurf sieht für Bier eine Verdoppelung der Steuerhöhe vor. Für Tabak sollen die Steuerhöhen des Kleinverkaufspreises bei Zigarren- und Pfeifen-Tabak von 20% auf 25%, bei Zigaretten und feingeschnittenem Rauchtabak von 40% auf 50%, bei Kautabak von 5% auf 10%, bei Schnupftabak von 10% auf 15% heraufgesetzt werden. Daneben wird, um den Zollfuß für den im Inland gebauten Tabak zu verstärken, eine Erhöhung des zurzeit für unbeschäftigte Tabakblätter geltenden Zollfußes von 30 auf 80 Rentenmark vorgeschlagen. Außerdem enthält der Entwurf neben formalen Änderungen noch Vorschriften über die Zahlungsfrist, die steuerliche Behandlung der Bierwürze, den Hausbrand bei der Biersteuer, über die Ersatzstoffabgabe, den Kleinstanzertabak bei der Tabaksteuer sowie für beide Verbrauchssteuern Änderungen der Strafverordnungen und Vorschriften über Nachversteuerung und Nachverfolgung.

## Die „Verfehlungen“ Deutschlands.

Übergabe des Kontrollberichts an die Völkervereinigung.  
Die Völkervereinigung tritt am Dienstag zu einer Sitzung zusammen. Inzwischen hat das Versailler Militärkomitee ein Gutachten über den Kontrollbericht fertiggestellt und darüber eine besondere Note ausgesprochen, die den Mitgliedern der Völkervereinigung und den Vertretern der alliierten Regierungen übergeben wurde. Marschall Foch wird an der Sitzung der Völkervereinigung teilnehmen. Die hauptsächlichsten Punkte des Gutachtens lassen sich nach Pariser Pressemeldungen folgendermaßen zusammenfassen:

1. Auf dem Gebiet der Fabrikation deutschen Kriegsmaterials hat die Kontrolle ergeben, daß einzelne Fabriken geheime Abteilungen enthielten, in denen Maschinen für die Herstellung von Geschützen schweren Kalibers verfertigt wurden; es seien gegenwärtig noch Maschinen vorhanden, die zwar zur Herstellung von ungefährlichem Material benutzt werden, jederzeit aber für die Bedürfnisse der Kriegsführung umgestellt werden können.
2. Auf dem Gebiet der militärischen Ausbildung habe die Kommission festgestellt, daß die Schuttpolizei zahlreiche Lehrtruppen und Freiwillige ausgebildet habe, die im Mobilisationsfall den Rahmen für eine große Armee zu bilden in der Lage seien. Deutschland habe auf diese Weise bereits etwa 200 000 vollausgebildete Offiziere für einen künftigen Krieg zur Verfügung.
3. Der große Generalstab, dessen Auflösung vorgeschrieben sei, sei auch jetzt noch vorhanden und entfalte seine volle Tätigkeit.

Wann wird endlich Deutschland von diesen Beschuldigungen offiziell in Kenntnis gesetzt werden, damit es zu hnen Stellung nehmen kann?

## Heute Prüfung des Gutachtens durch den Völkerverein.

Paris, 3. März. Der Völkerverein tritt heute Dienstag 10 Uhr vormittags zur Prüfung der Völkervereinigung des Interalliierten Militärkomitees zusammen. Der Sitzung wird wahrscheinlich Marschall Foch beiwohnen, der höchstwahrscheinlich die Schlussfolgerungen seines Gutachtens entwickeln wird. Der Völkervereinigung liegen der Generalbericht und das in gedrängter Kürze die wichtigsten Feststellungen des Generalberichtes wiedergebende Gutachten vor. Marschall Foch hatte heute vormittag eine lange Unterredung mit Herriot, dem er ein Exemplar des Gutachtens unterbreitete.

## Vor der Beisetzung des Präsidenten.

### Die Trauerfeier für Ebert.

Berlin, 2. März.  
Das Trauerzeremoniell für den verstorbenen Reichspräsidenten steht nunmehr fest. Die Trauerfeier der Reichsregierung wird am Mittwoch nachmittag im Hause des Reichspräsidenten abgehalten werden. Reichstanzler Luther wird hierbei die Gedächtnisrede halten. Im Anschluß an diese Feier erfolgt unter militärischer Trauerverparade die Überführung zum Potsdamer Bahnhof; der Weg des Trauerkolonnens geht durch das Brandenburger Tor um das Reichstagsgebäude herum; dort findet vor dem auf der Rampe haltenden Leichenwagen eine Abschiedskundgebung des Reichstages statt, dessen Präsident Löbe den letzten Gruß der deutschen Volkvertretung überbringen wird. Dieser Trauerakt soll zugleich größeren Mengen der Bevölkerung Gelegenheit geben, dem toten Reichspräsidenten die letzten Grüße darzubringen. Darauf wird der Zug den kurzen Weg nach dem Potsdamer Bahnhof fortsetzen. Auf dem Platz vor dem Bahnhof wird ein Katafalk errichtet, auf dem der Sarg gehoben wird. Die Leiche des Reichspräsidenten wird hier etwa 1 1/2 Stunden lang aufgebahrt bleiben. Die Abordnungen und das Publikum werden während dieser Zeit an der Leiche des verstorbenen Reichspräsidenten vorbeifilzieren können. Sodann wird vom Potsdamer Bahnhof aus die Überführung nach Heidelberg erfolgen. Der Sonderzug, in dem sich die Angehörigen des verstorbenen Reichspräsidenten und eine große Anzahl von Reichs- und Staatsbeamten befinden werden, nimmt seinen Weg über Magdeburg, Aachen und Kassel und trifft zwischen 6 und 7 Uhr morgens in Frankfurt am Main ein. In allen Stationen, an denen der Zug hält, beabsichtigen die republikanischen Verbände kurze Trauerkundgebungen zu veranstalten. In Frankfurt am Main ist eine größere Trauerkundgebung geplant. Der Reichspräsident, der auf die Einladung der Stadt Frankfurt zugefagt hatte, einen Teil des Jahres seinen Wohnsitz dort zu nehmen, wird, nachdem dieser Plan durch sein Ableben zunichte geworden ist, auf seiner letzten Fahrt feierlich be-

grüßt werden. In Heidelberg trifft der Zug so zeitig ein, daß vormittags 10 Uhr die Beisetzung auf dem Vergriedhof stattfinden kann.

Die Beisetzung in der Geburtsstadt des Reichspräsidenten, in Heidelberg, wird unter Beteiligung zahlreicher badischer Behörden und Heidelberger Vereine erfolgen. Die Stadt Heidelberg hat auf dem Stadtfriedhof in der Nähe des Grabes der Mutter des Reichspräsidenten ein Ehrengrab bereitgestellt. Am Grab werden auf Wunsch der Familie nur drei Reden gehalten werden. Eine militärische Trauerparade ist in Heidelberg nicht möglich, weil Heidelberg innerhalb der rechtsrheinischen Zone liegt, in der nach dem Versailler Vertrag die Anwesenheit von Reichswehrformationen untersagt ist.

Beleid der Deutschnationalen Reichstagsfraktion.  
Berlin, 2. März. Die Deutschnationalen Reichstagsfraktion hat der Witwe des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert ihr Beileid ausgesprochen.  
Ausfall der Berliner Börse am Mittwoch.  
Berlin, 2. März. Aus Anlaß der Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Reichspräsidenten am Mittwoch wird die Berliner Börse ausfallen.

## Die Wahl des Reichspräsidenten am 29. März.

Eigener Fernsprechkabelfest des „Wilsdruffer Tageblattes“.  
Berlin, 3. März. Heute vormittag fand eine Besprechung der Reichsregierung mit den Parteiführern über die Frage der Wahl des Reichspräsidenten statt. Es wurde vereinbart, den ersten Wahlgang auf den 29. März festzulegen.

## Wer wird Reichspräsident?

Die Frage, wer das Erbe Eberts als Reichspräsident antreten soll, wird in politischen Kreisen eifrig erwogen. Zwar haben die Parteien noch keine Gelegenheit gehabt zu der Frage der Nachfolgerschaft definitive Stellung zu nehmen, immerhin tauchen schon einzelne Namen auf, die als Anwärter auf den Posten des ersten Beamten des Reiches genannt werden. So heißt es, daß die Sozialdemokraten den Reichstagspräsidenten Löbe oder den bisherigen preussischen Ministerpräsidenten Braun präferieren würden, als demokratischer